



FÜR EINE BÜRGERNAHE POLIZEIPOLITIK #EinsatzGrün

UNS GEHT'S UMS GANZE

Foto: picture alliance/dpa

GRÜNE SICHERHEITSPOLITIK: FAKTEN UND MENSCHEN FEST IM BLICK

Polizeipolitik ist ein Kernbestandteil grüner Innenpolitik. Dabei hat die grüne Bundestagsfraktion stets ein ganzheitliches Leitbild: Wir schauen sowohl auf die Polizei als Organisation als auch auf die Menschen, die bei ihr arbeiten, sowie auf diejenigen, die von Polizeiarbeit direkt betroffen sind. Wir setzen uns in unseren parlamentarischen Initiativen für eine personell und technisch gut ausgestattete Polizei ein, die rechtsstaatlich sowie transparent agiert.

Die Polizei steht für das staatliche Gewaltmonopol. Für die Menschen in unserem Land ist sie beim Schutz der Grundrechte und bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit die erste Anlaufstelle. Ihr kommt in vielerlei Hinsicht besondere Verantwortung und Vorbildfunktion zu.

Bürger- und Menschenrechtsbildung, Frauenförderung sowie die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund sind uns sehr wichtig. Zentral ist außerdem Präventionsarbeit, also die Verhütung von Kriminalität als Teil einer effektiven Strategie für Innere Sicherheit. Dazu gehört für uns eine Verbesserung des Waffenrechts, damit die Gefahren, die von privatem Waffenbesitz ausgehen, eingedämmt werden. Dafür setzen wir uns im Bundestag ein.

Wir stehen für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Fakten gründet und nahe an den tatsächlichen Problemlagen handelt. Wir setzen auf zielgerichtete Polizeiarbeit. Diese schafft tatsächlich mehr Sicherheit, anders als kontraproduktive Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung.



Foto: Joaquin Ferreira, picture alliance

NOCH FRAGEN?

19/43

ZUM WEITERLESEN

- gruene-bundestag.de/Themen/Innenpolitik
- Innere Sicherheit – durch einen starken Rechtsstaat (Flyer 18/101)
- „Innere Sicherheit – entschlossen, effektiv, rechtsstaatlich“ (Fraktionsbeschluss 11.01.2017)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN

- 19/7928 Polizeibeauftragter (Gesetzentwurf)
- 19/2000 Periodischer Sicherheitsbericht (Gesetzentwurf)
- 19/10132 Aktuelle Entwicklungen bei der Bundespolizei (Kleine Anfrage)

**Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion**
Arbeitskreis 3: Bürgerrechte und
Demokratie, Rechts- und Gesell-
schaftspolitik

Irene Mihalic MdB,
Sprecherin für Innenpolitik

TEL 030/227 56789
FAX 030/227 56552
info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*

GRÜNE FORDERUNGEN FÜR EINE NACHHALTIGE POLIZEIPOLITIK:

1. — Polizei stärken und modernisieren

Wir bauen auf eine starke Polizei. Auch bei der Analyse der Bedrohungslagen und bei der Gefahrenabwehr geben wir Polizeiarbeit einen klaren Vorzug vor Geheimdiensttätigkeit.

Dafür braucht es personelle Stärkung, modernste Ausstattung und gute Polizeiarbeit aus einer Hand. Gute Polizeiarbeit basiert auf der Achtung der Menschenrechte und der Minimierung von Gewalt. Sie ist europäisch und international gut vernetzt.

2. — Bürgernähe durch nachhaltige Personalpolitik

Über Jahre hinweg wurde das Personal der Polizei in unverantwortlicher Weise reduziert. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich dieser Negativtrend auch durch den Druck grüner Innenpolitik inzwischen wendet und erkannt wird, wie wichtig personell gut ausgestattete Polizeibehörden sind.

Nun muss die Personalpolitik demografiefest werden. Der beschlossene Personalaufwuchs muss nachhaltig gestaltet werden. Außerdem muss es für Polizistinnen und Polizisten gute Aus- und Fortbildungskapazitäten geben. Ihre Arbeitsbedingungen müssen optimiert und Überstundenberge abgebaut werden können. Der Beruf muss besser mit Familie und Privatleben vereinbar werden. Die vielen engagierten Polizistinnen und Polizisten brauchen unsere volle Rückendeckung.

3. — Polizei als Spiegel der Gesellschaft

In einer Polizei, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet, in der Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und andere bislang unterrepräsentierte Gesellschaftsgruppen ganz selbstverständlich dazugehören, haben Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus und die Diskriminierung von Minderheiten keine Chance. Für alle staatlichen Institutionen gilt: Es darf keinen Platz für Vorurteile geben.

Die Personalauswahl sollte darauf zielen, die Polizei durch noch mehr interkulturelle Kompetenz, Vielfalt und demokratisches Selbstverständnis weiter zu stärken. Das erhöht die Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

4. — Aus- und Fortbildung stärken

Viel stärker als bisher muss in Aus- und Fortbildung investiert werden. Menschen- und Bürgerrechte sowie politische Bildung müssen von Anfang an dazu gehören.

Dies muss für den höheren und gehobenen Dienst sowie den mittleren Dienst gelten.

Beim Entwickeln und Vermitteln der Lehrinhalte sollten auch Lehrkräfte aus der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Aus- und Fortbildung benötigen außerdem Freiräume zur Diskussion und zum Austausch, damit eine reflektierende Einordnung des im Einsatz und alltäglichen Dienst Erlebten in seine politischen Zusammenhänge stattfinden kann.

5. — Polizeibeauftragte in Bund und Ländern

Überall wo etwas schief läuft bei Sicherheit und Ordnung ist die Polizei Ansprechpartnerin. Nur die PolizeibeamtInnen selbst haben oft keine. Dieses Manko wollen wir beheben. Auch deshalb wollen wir eine/n unabhängige/n Polizeibeauftragte/n beim Deutschen Bundestag schaffen, wie bereits in einigen Bundesländern geschehen.

Nach heutigem Selbstverständnis braucht eine moderne Verwaltung eine externe unabhängige Kontrolle. Angesichts der besonderen Bedeutung, die die Polizei im rechtsstaatlichen Gefüge hat, und im Sinne einer professionell, effektiv und rechtsstaatlich arbeitenden Behörde sind die Aufarbeitung struktureller Mängel, von Fehlern und rechtswidrigem Verhalten besonders wichtig.

Diese neu zu schaffende Stelle des/der Polizeibeauftragten soll Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei wie auch Bürger- und Menschenrechtsorganisationen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sie soll die Möglichkeit bieten, Missstände im Hinblick auf die Arbeit der Polizei mitzuteilen, ohne Sanktionen oder berufliche Nachteile fürchten zu müssen.

6. — Bessere Entscheidungsgrundlagen für die Polizei

Um wirksame Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung entwickeln zu können, braucht es eine verlässliche, in regelmäßigen Abständen aktualisierte Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht.

Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Grundlage für genau solche regelmäßigen Analysen und einen wissenschaftlich fundierten periodischen Bericht nach dem Vorbild der von Rot-Grün begonnenen Periodischen Sicherheitsberichte schafft.

